



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/160 - 13.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Schumanplan-Debatte	S. 1
Inflationsgefahr in Frankreich	S. 3
Im Namen der Jugend	S. 5
Vor neuen KE-Provokationen	S. 6
Kontrolluhr im Vatikan	S. 6
Die EDJ-Planvorsprüngher	S. 7

A r g u m e n t e u n d G e f ü h l e

P.R. Es ist eine alte und oft bedauerte Tatsache, daß, besonders in wichtigen politischen Fragen, die Meinungen der Fraktionen festzuliegen pflegen, ehe die Redner ans Fult treten. Wäre es anders, so hätte die erste Lesung des Schumanplanes im Bundestag die Front der Befürworter des Projektes schwer erschüttern müssen.

Um es auf eine kurze Formel zu bringen: auf der Seite der Opposition standen, als am Donnerstag, dem letzten Sitzungstag vor den Parlamentsferien, dieses große Thema erörtert wurde, Argumente. Auf der Seite der Befürworter des Planes dominierten Gefühle, Deklamationen und die Aufforderung, doch zu glauben, daß alles gut gehen werde. Die Sprecher der Sozialdemokratie gingen vom Inhalt des Vertrages aus. Die Regierung und ihre Anhänger legten den größeren Nachdruck auf den "Geist" des Vertrages (so sagte der Abgeordnete Henle von der CDU: "Das Scherwergewicht des Schumanplanes beruht auf dem Geist, in dem er durchgeführt wird. Wir müssen Vertrauen haben").

Wie soll man aber, so klang es immer wieder aus den Darlegungen der beiden sozialdemokratischen Sprecher, Vertrauen aufbringen, wenn zwar eine formelle, äußerliche Gleichheit der sechs Parteien im Vertrag gegeben ist, wenn aber gerade damit so geschickt eine tatsächliche Ungleichheit umkleidet ist, daß

man das Gefühl einer politischen Unaufrichtigkeit nun einmal nicht loswerden kann? Ja, wenn man sie auch nachweisen konnte?

Carlo Schmid tat es auf allgemein-politischem, Fritz Henssler auf wirtschaftlichem Gebiet. In beiden Fällen war der Tenor: das deutsche Volk will ein geeintes und möglichst eng zusammenarbeitendes Europa. Aber gerade weil die Aufgabe unerhört ernst ist, darf nicht mit dem Ja zu einem Surrogat begonnen werden, darf man mit Gemütswerten und Stimmungsbedürfnissen der Menschen, gerade wenn und weil sie berechtigt sind, nicht Mißbrauch treiben.

Wenn man Vertrauen haben soll, dann muß man sich auf Erfahrungen stützen können, Versicherungen genügen kaum. Die im tiefsten Grunde unaufrichtige, weil Gleichheit nur vertäuschende Konstruktion des Planes kann solche Erfahrungen ebensowenig liefern wie die folgenden Vorgänge geeignet sind, um nur drei aus der allerersten Zeit zu nennen: die Saarfrage, die Auslieferung von ausländischen Wertpapieren aus deutschem Besitz und die Ablehnung der deutschen Wünsche in der Frage der Menge und des Preises für Exportkohle.

So besteht tatsächlich der dringende Verdacht, daß dieser Schumanplan im Grunde keinem anderen Ziele dienen soll, als dem, an die Stelle der deutschen Abhängigkeit vom Besatzungsregime, bei der die andere Seite wohl spürt, daß es auf die Dauer ja nicht aufrechterhalten werden kann, zumal dann nicht, wenn man Deutschland sogar in militärischer Hinsicht dringend braucht, eine halbe oder viertel Abhängigkeit durch ein Instrument zu ersetzen, das besonderen Wert durch die freiwillige Unterschrift einer deutschen Regierung erhalten soll. Heute haben wir unsere Unterschrift unter den Schumanplan gegeben. "Was werden wir einmal anbieten müssen, um den Schumanplan wieder loszuwerden?" wurde an einer Stelle der Debatte gefragt.

Eine erdrückende Fülle von Bedenken und Warnungen, allein aufgrund des Vertragstextes und unleugbarer politischer Erfahrungen, wurde vorgebracht. Ihr gegenüber stand eine entsprechend große Zahl von gefühlsbetonten Hinweisen auf eine bessere Zukunft; von Erwartungen auf Loyalität und andere schöne Dinge. Dazu wurde die Frage aufgeworfen, ob die Regierung so naiv sei, zu glauben, daß z.B.

die künftigen Mitglieder der fast allmächtigen Hohen Behörde nach dem Maßstab ihrer besonderen Fähigkeit zur nationalen Selbstverleugnung ausgewählt werden.

Selbstverständlich wird das nicht der Fall sein. Da man also auch künftig mit dem nationalen Egoismus rechnen muß, wenn man nicht Phantast sein will, müssen wenigstens durch die vertragliche Form und Bindung des ganzen Unternehmens maximale Sicherungen gegen den Mißbrauch einer so mächtigen übernationalen Stelle wie sie die Schumanplan-Verwaltung sein soll, geschaffen werden. Was heute in dieser Richtung besteht, ist kaum minimal zu nennen. Die Aufklärung darüber wird mit allem Nachdruck weiter getrieben werden müssen.

+ + +

Frankreich im Zeichen der Inflations-Gefahr

Von Alfred Frisch, Paris

Seit einigen Monaten gehört es geradezu zum guten Ton aller bürgerlichen französischen Parteien, die planwirtschaftlichen Tendenzen in Grund und Boden zu verdammen und die Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus zu fordern. In dem Wahlergebnis sah man etwas übereilt eine klare Verurteilung der sogenannten kollektivistischen Doktrin, d.h. derjenigen Parteien, die ein Mindestmaß von Wirtschaftskontrolle für unentbehrlich erachten.

Nach Ansicht ruhiger Beobachter täuschen sich die französischen Rechtsparteien ganz erheblich über ihre liberalistische Bewegungsfreiheit in einer betont unliberalen Welt. Es besteht ein erheblicher Unterschied zwischen doktrinärer Demagogie und praktischer Wirtschaftspolitik. Innerhalb einer Rüstungskonjunktur ist es nicht möglich, unter Anwendung rein liberaler Regeln ein einigermaßen tragbares Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen herzustellen. In Frankreich will man nie begreifen, daß es selbst in dem privatwirtschaftlichen und kapitalistischen Amerika keinen wirtschaftlichen Liberalismus mehr gibt. Bezeichnenderweise wurde von allen Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen in Genf, d.h. auch von den angeblich liberalen Vereinigten Staaten, bereits die Wirtschaftspolitik der früheren französischen Regierungen als

viel zu liberal kritisiert, besonders auf dem Gebiete der Investitionen, wo nach Ansicht der internationalen Sachverständigen die französische Regierung nicht genügend eingegriffen habe, um die Grundindustrien zu begünstigen.

Aber auch aus anderen Gründen ist der französische Liberalismus eine Heuchelei. Einerseits wissen seine Anhänger sehr genau, daß der Weg zurück eine Unmöglichkeit ist, d.h., es kommt nicht in Frage, die verstaatlichte Industrie der Privatwirtschaft wieder zuzuführen, noch die auch vom Bürgertum geforderte soziale Sicherheit über Nacht wesentlich einzuschränken. Liberalismus setzt außerdem freie Konkurrenz voraus und in keinem Lande ist heute diese freie Konkurrenz so unbekannt wie in Frankreich. Es wäre ein wahres Unding, die staatliche Wirtschaftskontrolle durch einen uneingeschränkten, kapitalistisch fundierten Korporatismus zu ersetzen.

Frankreich hat ein Kernproblem zu lösen: die Vermeidung der Inflation. Von dem Erfolg dieses Kampfes hängen sowohl das materielle Schicksal der Arbeitnehmer, wie die Entwicklungsmöglichkeit der Industrie ab. Die feindlichen Gruppen sind daher solidarisch. Entscheidend ist das Ergebnis, und nicht die Methode. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, bei den gegebenen französischen Verhältnissen könnte man mit Wirtschaftskontrolle allein oder mit Unterstützung mehr oder weniger theoretisch bleibender Steuerreformen die Inflationsgefahr eindämmen. Auf der anderen Seite lassen sich aber auch die Preise und Löhne in ihrer Aufwärtsbewegung nicht aufhalten, wenn sich der Staat mit einer passiven Zuschauerrolle begnügt.

Aller Voraussicht nach sollte sich daher trotz aller großspurigen Erklärungen an der französischen Wirtschaftspolitik in nächster Zukunft wenig ändern. Neben den unentbehrlichen Kontrollmaßnahmen wird man bestrebt sein, durch eine ausgedehnte Steueramnestie das Hortungskapital wieder in den produktiven Wirtschaftsprozess zurückzuführen. Eine wahre Gesundung der französischen Wirtschaft würde aber die Bekämpfung und Beseitigung der zahlreichen, äußerst verhängnisvollen Privatmonopole voraussetzen.

Im Namen der Jugend

bu. Daß im sowjetischen Sektor Deutschlands die Kinder und jungen Menschen im "Namen der Jugend und ihrer Friedensliebe" in Bewegung gesetzt und zu "spontanen" Demonstrationen gezwungen, und die Instrumente des östlichen Systems hier in Westdeutschland zu Flaschen- und Steingefechten gegen die Polizei veranlaßt werden, ist wenig verwunderlich. Derartige Methoden sind untrennbar verbunden mit jeder totalitären Jugend- und Volksführung und gehören zum Charakter der daraus geförmten Staatsjugend. Diktaturen mißbrauchen die Menschen immer im Namen der Mißbrauchten.

In Westdeutschland, wo man nicht in der Lage ist, die Jugend im Namen ihrer selbst marschieren zu lassen, fühlen sich bestimmte Gruppen und Menschen veranlaßt, im Namen der Jugend zu sprechen oder Erklärungen abzugeben, ohne daß sie auch nur im geringsten dazu legitimiert sind. So glaubte der Prorektor der Universität Tübingen und Mitglied der deutschen UNESCO-Delegation, Prof. Erbe, in Paris die positive Haltung der deutschen Jugend zum Schumanplan feststellen zu müssen, ohne daß diese jemals dazu Stellung genommen hat.

Der 1000 Mann starke, auf demokratischen Bekenntnis, aber undemokratischen Praktiken beruhende BDJ, der allein schon mit seinem Namen hochstapelt, versucht, sich als antikommunistisches Sprachrohr der Jugend Geltung zu verschaffen. Aller Lärm aber nützt nichts, wenn hinter den Parolen nicht demokratische Menschen und ein echt demokratisches Wollen stehen. Das sollten alle aufrichtigen und ehrlichen jungen Menschen, die in diesem Bund mitwirken, endlich einsehen. Und auch die großen Geläuger im Hintergrund müßten jetzt allmählich erkennen, daß Geld, in Plakaten und Parolen investiert, nutzlos ist, wenn nicht die Kraft einer wirklich freiheitlichen Idee damit verbunden ist. Die Gefahr, die in den Schlangen junger Menschen vor den Arbeitsämtern liegt, ist auch mit Millionen von Freiheits-Plakaten nicht zu erdrücken.

Mit einem Schreiben an die Mitglieder des Deutschen Bundestages fordert die "Deutsche Jugend des Ostens" die Abgeordneten auf, einen von ihr organisierten "Tag der Jugend" zu unterstützen.

Im Osten denkt das Politbüro für die Jugend. Es ist nicht gut, wenn manche Gruppen und Grüppchen im Westen glauben, für die Jugend sprechen zu müssen, ohne dazu berufen zu sein. Genau so, wie sich die Denkfehler der Gewalt von der Jugend nicht korrigieren lassen, ist es für sie schwer, ihre unzähligen unberufenen Sprecher zu dementieren.

Es wäre an der Zeit, daß endlich von den zentralen Jugendinstitutionen eine echte Aktivität entwickelt würde, um den Redeschwall mancher Leute einzudämmen. Es ist unangänglich, daß zu Fragen und Situationen, die die Jugend im allgemeinen berühren, wie die "Weltjugend-Festspiele" der kommunistischen FDJ, die Körperschaften der organisierten Jugend, - der Bundesjugendring, in dem alle größeren demokratischen Jugend-Organisationen zusammengefaßt sind, und der Ring Politischer Jugend, in dem die großen parteigebundenen Jugendverbände vertreten sind - eng zusammenarbeiten.

+ + +

Vorbereitung der KP-Verkehrsarbeiter-Konferenz

(sp) Die neuesten Versuche der Kommunistischen Partei gehen darauf hinaus, eine "Gesamtdeutsche Verkehrsarbeiter-Konferenz" zu organisieren, an der sich nach ihren Wünschen alle deutschen Eisenbahner, Transport- und Verkehrsarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer durch Delegationen beteiligen sollen. Es ist anzunehmen, daß auf dieser Konferenz die Grundlage für eine Sabotage-Organisation geschaffen werden soll, die - ähnlich wie es in Frankreich und Italien versucht wurde - die ganz bestimmten Verteidigungs-Vorbereitungen des Westens mit terroristischen Aktionen zu stören hätte.

+ + +

Modernisierung im VATICAN

M.B. Die katholische Kirche ist, wie man weiß, traditionsgebunden; aber wenn man ihr Zeit läßt, eine kühne Neuerung gründlich zu überlegen - sagen wir so zwei, drei Menschenalter lang - ist es gar nicht ausgeschlossen, daß sie sich schließlich bereitfindet, sie anzunehmen.

Anfang Juli dieses Jahres hat sie zum Beispiel für die rund 5000 Angestellten der zwölf Kirchengemeinden, vier Gerichtshöfe und vier

kurialen Ämter, die es in der Vatikanstadt gibt, Zeitkarten eingeführt. Alles, was weniger als Sekretär oder Präfekt ist, muß jetzt bei Arbeitsantritt und Arbeitsschluß seine Karte stempeln; mit dem süßen südlichen Schlendrian hat's ein Ende.

Andere Bestimmungen regeln die Anzahl der Feiertage, des Krankheitsurlaubs und des Urlaubs für Neuvermählte (zwölf Tage Urlaub sind für die Flitterwochen vorgesehen).

Ferner ist das gesamte Personal der erwähnten Ämter in fünf Rangstufen eingeteilt worden und alle, außer den Angehörigen der untersten Stufe, müssen gut Latein sprechen können, dazu italienisch und eine Fremdsprache.

Ein allen auferlegter Diensteid bindet sie zur Treue an den Papst und seine legitimen Nachfolger und an die Geheimhaltung von Dienstgeheimnissen.

+ + +

Die FDJ-Planvorspringler

G. Die Verantwortlichen für den ostzonalen "Fünfjahresplan" und der Hauptaktionseusschuß für die kommunistischen "Jugend-Festspiele" hatten sich Anfang Juli stark in den Haaren. Die Abkommandierung vieler tausender Jugendlicher von ihren Arbeitsplätzen machte den Fünfjahresplanern erhebliche Sorgen. Die volkseigenen Betriebsleitungen überschlugen sich in dem Ehrgeiz, möglichst viele Jugendliche für die "Weltfestspiele" abzustellen. Je größer die Kolonne, desto "fortschrittlicher" die Betriebsleitung.

Plötzlich führen die Verantwortlichen für den "Fünfjahresplan" dazwischen und wiesen auf die großen Nachteile hin, die ein einwöchiges Fernbleiben zahlloser Jugendlicher von ihren Arbeitsplätzen mit sich bringen müsse. Im ersten Moment war guter Rat teuer, schließlich aber wurde ein Ausweg mit der Aktion "Planvorsprung" gefunden.

Alle Jugendkolonnen, die inzwischen für Ost-Berlin gemeldet wurden, müssen jetzt Mehrarbeit in dem Umfange leisten, wie im August Arbeitszeit verloren geht. Die "Jugendbrigaden" des Benzinwerkes Böhlen müssen beispielsweise einen "Planvorsprung" von insgesamt 900 Tagen erreichen. Den Brigaden des volkseigenen Betriebes "Anlagenbau" in Magdeburg wurde ein "Planvorsprung" von 18 Tagen auferlegt, damit die vorgesehenen 170 Jugendlichen - ohne Nachteile für den volkseigenen Betrieb - nach Ost-Berlin marschieren können. Gleiche Maßnahmen wurden für die Bergwerke und Metallbetriebe der Ostzone angeordnet, damit in diesen für die sowjetische Rüstung wichtigen Grundstoff-Industrien nur keine Minute Arbeitsausfall eintritt. So viel sind die "Weltjugend-Festspiele" wiederum Karlshorst und Pankow nicht "wert". Nur wer seinen "Planvorsprung" restlos erfüllt, darf nach Ost-Berlin abkommandiert werden. Vielen Jugendlichen ist bereits die Lust am "Großkampftag für den Frieden" vergangen.

Verantwortlich: Peter Raunau